

Zum 60. Jahrestag der Gründung der Nationalen Volksarmee der DDR

Die Gründung der Nationalen Volksarmee der DDR am 1. März 1956 ist ein würdiger Anlass, an ihre 34-jährige erfolgreiche Geschichte zu erinnern.

Die NVA war die einzige deutsche Armee, die keinen Krieg geführt und ihren Auftrag zur Bewahrung des Friedens in Ehren erfüllt hat. Sie bewahrte ausschließlich die humanistischen, progressiven und revolutionären Traditionen des deutschen Volkes. Das ist einmalig in der deutschen Militärgeschichte. An der Seite der Armeen des Warschauer Vertrages und fest mit ihnen verbunden hat sich die NVA zu einer militärisch gut ausgebildeten, stets einsatzbereiten und schlägkräftigen Streitmacht entwickelt, die über modernste Militärtechnik verfügte. Sie hat damit einen anerkennenswerten Beitrag zur Erhaltung des militärstrategischen Gleichgewichtes in einer Zeit geleistet, in der die Blockkonfrontation des Kalten Krieges jederzeit in ein atomares Inferno münden konnte.

Die NVA war eine echte Volksarmee. 90 Prozent ihrer Generale und Offiziere waren Arbeiter- und Bauernkinder, solide ausgebildet an den Offiziershochschulen und Militärakademien der DDR und UdSSR. Etwa zwei Millionen junge Menschen absolvierten, zunächst freiwillig, später als Wehrpflichtige ihren Dienst.

An der Spitze der NVA standen im antifaschistischen Kampf erprobte Persönlichkeiten wie Heinz Hoffmann, Willi Stoph, Heinz Keßler, Friedrich Dickel und andere. Sie prägten den antifaschistischen Charakter und die Volksverbundenheit der Streitkräfte der DDR. Dagegen rekrutierte sich die Führung der 1955 gegründeten Bundeswehr überwiegend aus dem Generalstab der faschistischen Wehrmacht. Jeder Soldat, Unteroffizier, Offizier und General der NVA kann stolz darauf sein, dem nach 1945 mit der DDR entstandenen besseren Deutschland gedient zu haben, in dem die Wurzeln von Krieg und Faschismus ausgerottet, die kapita-

listischen Ausbeutungsverhältnisse beseitigt und ein Leben in sozialer Chancengleichheit und Existenzsicherheit möglich geworden war. Gelebte und praktizierte Solidarität mit den vom Kolonialismus befreiten jungen Nationalstaaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas waren selbstverständliche Anliegen der NVA.

Volksverbundenheit und die humanitäre Gesinnung der NVA zeigten sich auch in den Zeiten des Umbruchs 1989/1990, der ohne die besonnene Haltung der Angehörigen der NVA und der anderen bewaffneten Organe und ihrer Führungen nicht friedlich geblieben wäre.

Die Behandlung der NVA und ihrer Angehörigen und ihre Darstellung in den Medien nach 1990 bis in die heutige Zeit belegen, dass es sich bei der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten um eine feindliche Übernahme der DDR gehandelt hat. Die Rehabilitierung der in den 90er Jahren unter konstruierten Anschuldigungen verurteilten Angehörigen der NVA und der Grenztruppen der DDR steht bis heute aus. Selbst die in die Bundeswehr übernommenen NVA-Angehörigen werden durch ungleiche Behandlung in sozialen Fragen immer noch diskriminiert. Die Anerkennung von Dienstgraden und Titeln der NVA unterliegt restriktiven Bestimmungen. Auch nach der erkämpften Beseitigung des Rentenstrafrechtes für die meisten NVA-Angehörigen bleibt die Versorgungsgerechtigkeit für sie bestehen.

Zahlreiche ehemalige Angehörige der NVA waren an der Gründung unseres Vereins beteiligt und bestimmen als Funktionäre auf allen Ebenen seine Arbeit mit. Viele ehemalige NVA-Angehörige haben in unserer Solidargemeinschaft eine wirksame Interessenvertretung und politische Heimat gefunden. Wir danken allen Freunden, die auch nach Lösung ihrer Renten-



probleme fest an unserer Seite stehen, für ihre Solidarität und ihren Einsatz. Eng verbunden ist ISOR mit dem Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR, dessen verdienstvolle Arbeit auch weiter unsere volle solidarische Unterstützung findet. Gemeinsam mit diesem Verband initiierte ISOR im Mai 2015 den viel beachteten Aufruf „Soldaten für den Frieden“, der höchst aktuell ist und neben seinen Erstunterzeichnern – ehemals hohe Militärs der DDR – zahlreiche weitere Unterstützer gefunden hat und weiterhin findet.

Kriegerische Konflikte und chaotische Verhältnisse in vielen Ländern und die dadurch ausgelösten Flüchtlingsströme bestimmen die heutige Lage in der Welt.

Die Bundeswehr profiliert sich immer mehr als eine Armee im Auslandseinsatz, um die Interessen des deutschen Kapitalismus weltweit zur Geltung zu bringen.

Der 60. Jahrestag ihrer Gründung ist deshalb ein wichtiger Grund darauf aufmerksam zu machen, dass die NVA anderen Traditionen folgte. Zu ihren nicht zu leugnenden Verdiensten gehört, dass sie 34 Jahre lang als eine Armee des Friedens garantiert hat, dass von deutschem Boden kein Krieg mehr ausging.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Horst Parton informierte, dass ISOR die Rechtsanwälte Benno Bleiberg und Dr. Bernfried Helmers beauftragt hat, rechtliche Möglichkeiten zu prüfen und hinsichtlich ihrer Erfolgschancen abzuwägen, mit denen das Bundesverfassungsgericht zu einer Beschleunigung der Entscheidung zu unseren Verfassungsbeschwerden veranlasst werden könnte.

*

Prof. Dr. Horst Bischoff informierte über den Stand der Positionierungen im Deutschen Bundestag in Bezug auf die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Sozialpakt der Menschenrechtskonventionen.

*

Im Zusammenhang mit Anfragen von Mitgliedern machte Wolfgang Schmidt darauf aufmerksam, dass es bei Nutzung des Internet möglich ist, auszurechnen, ob Renten der Besteuerung unterliegen. Dazu muss bei www.google.de das Stichwort Rentenbesteuerung eingegeben werden. Unter den dann angebotenen Links befinden sich anwendbare Rechner zur Ermittlung der Steuerpflicht bei Renten.

*

Manfred Jonischkies informierte, dass ISOR die Partei DIE LINKE bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern erneut unterstützen wird.

*

Am 21.04.2016 ist eine Zusammenkunft der TIG-Vorsitzenden des Landes Thüringen unter Beteiligung von Mitgliedern des Vorstandes geplant. Dazu wird noch gesondert eingeladen.

*



Bilanz über einen gelebten Zeitabschnitt zu ziehen und daraus Schlussfolgerungen zu treffen gehört zur Arbeit der ISOR, und damit zur **TIG Güstrow** wie die Luft zum Atmen. Diese Erkenntnis ist nicht neu, aber nur dann erfolgreich wirksam, wenn sie lebensverbindend, auf die Bedingungen bezogen ihre Anwendung findet. In unserer TIG führte sie zum Nutzen aller Mitglieder. Die Geraadlinigkeit und Beständigkeit räumten dem Bewusstsein, Verantwortung in allen Situationen unseres gerechten Kampfes zu tragen, den ersten Platz ein. Diese Arbeitsweise wurde auf unserer Jahresabschlussveranstaltung einvernehmlich bestätigt. Dabei sehen wir nicht nur die „eigentliche“ Arbeit der TIG. Uns bewegt darüber hinaus die große unhaltbare Politik der Bundesrepublik. Deutschland führt Krieg. Die internationale Präsenz der Bundeswehr besorgt uns sehr. Deutschland ist der drittgrößte Waffenlieferant in Krisen- und Kriegsgebiete. Eine infame und menschenverachtende Politik, die den Frieden weltweit gefährdet. Dem gegenüber steht der hoch zu schätzende Aufruf „Soldaten für den Frieden“ der ehemaligen NVA-Angehörigen mit seinem prägenden internationalen Echo. Diese Haltung widerspiegelt unsere friedenssichernde Position während der 40jährigen Existenz der DDR.

Es war und ist unsere Biografie. Und für unser Leben lassen wir uns nicht ins Abseits dieser Bundesrepublik stellen. Im Gegenteil: Unser offensives Bekenntnis zu unserem Leben verunsichert den politischen Gegner. Das bestätigen die im Schulterschluss mit linksorientierten Vereinen (GRH, GBM, Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und Grenztruppen und Rotfuchs) sowie Bürgern unserer Region durchgeführten öffentlichen Versammlungen und Gemeinsamkeiten.

Der eingeschlagene Weg, mehr Öffentlichkeit zu zeigen, über den Tellerrand hinaus zu blicken, hat sich in der dreijährigen Praxis unbestritten als richtig erwiesen. ISOR hat sich regional durch ihre Korrektheit für mehr soziale Gerechtigkeit, Achtung der Menschenwürde, für die Sicherung eines stabilen Friedens positioniert und wird dadurch im gesellschaftlichen Umfeld stärker wahrgenommen. Ja, es konnten Tabus gebrochen werden. Wichtig ist für uns der Inhalt des Grundgesetzes als Norm unseres Handelns.

In wenigen Monaten begeht ISOR ihren 25. Jahrestag. Dieser Zeitabschnitt charakterisiert die Ehrlichkeit und Geschlossenheit als sozialer Verein wider allen gesetzlichen Bestimmungen gegen die ehemaligen Angehörigen der be-

waffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR. In vielen juristischen Schritten war der Weg erfolgreich. Das bestärkt uns in unserem Willen, den Kampf bis zur endgültigen Entscheidung weiterzuführen.

Der Grundstein für diesen Weg zu einer gerechten Rente wurde durch die Initiative der ISOR-Gründungsaktivisten gelegt. Ihnen gebührt Hochachtung für diesen Mut.

Die Absicht der Politik, uns spalten zu wollen, ist dank unserer Treue und Solidarität fehlgeschlagen. Und so gehen wir unabirrt weiter bis zum Augenblick der höchstrichterlichen Entscheidung.

Walter Krüger

*

Der Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern wandte sich mit einer Botschaft an die Mitglieder, in der es u.a. heißt:

Im Jahr 2015 wurden wir mit mehreren politischen Ereignissen konfrontiert, die uns immer mehr an einer schlüssigen und richtungsweisenden Arbeit unserer Regierung zweifeln lassen.

In Umsetzung der Doktrin: „Mehr Macht – mehr Verantwortung“ wollen die Machthaber unseres Landes den europäischen Staaten klarmachen: „Am deutschen Wesen soll Europa genesen“

Und die bisherigen Ergebnisse?

Die Finanzkrise wurde mit einer überzogenen und teilweise diktatorischen Sparpolitik gegenüber den anderen europäischen Ländern, insbesondere Griechenland, nicht gelöst, sondern verschärft. (...)

Auf die Flüchtlingsbewegung in die BRD wurde mit widersprüchlichen, unkoordinierten Entscheidungen und Maßnahmen reagiert. Mit der Losung: „Wir schaffen das“ werden die Probleme insbesondere in den Kommunen nicht gelöst, sondern fördern Hass und Spaltung der Bevölkerung. (...)

Leider wird die BRD jetzt nicht nur verstärkt am Hindukusch, sondern auch im Irak und Mali verteidigt und über den 3. Platz im Rüstungsexport freuen sich die Rüstungskonzerne.

Positiv war die nicht üppige Rentenerhöhung, aber in Vorbereitung des Wahljahres können wir mit einem größeren Schluck aus der Pulle rechnen.

Und was haben wir als TIG und unser Verein erreicht?

Zur Erreichung des Hauptziels wurden mehrere Aktivitäten über die Rechtsanwälte unternommen, um das Bundesverfassungsgericht zu einer Entscheidung zu bewegen. Die Antwort: „Es ist beabsichtigt, das Verfahren in absehbarer Zeit einer Entscheidung zuzuführen. Ich kann daher nur weiter um Ihre Geduld bitten“.

Wie lange haben wir Geduld? Welche Alternativen haben wir?

Aufgeben oder weiter bis zu einer höchstrichterlichen Entscheidung kämpfen?

Die überwiegende Mehrheit unserer Mitglieder haben sich entschieden: „Wir haben nicht die Hände!“

War unser bisheriges Engagement ergebnislos? Nein, unser Hauptziel haben wir noch nicht erreicht aber Teilziele schon. Wir sollten uns immer die Frage beantworten: „Hätten wir ohne unseren Verein, ohne die ehrenamtlichen Aktivisten auch in unserer TIG überhaupt etwas bewegen können?“ Deshalb Dank Euch Betreuern und aktiven Mitgliedern für die geleistete Arbeit und Solidarität im abgelaufenen Jahr.

Im Jahr 2016 begehen wir den 25. Jahrestag des Bestehens unseres Vereins und unserer TIG.

Der Vorstand wird mit Eurer Unterstützung dieses Jubiläum würdig gestalten und in bewährter Form die Beratungen mit den Betreuern, Versammlungen und anderen Veranstaltungen zur Festigung und Geschlossenheit unserer Gemeinschaft der Gleichgesinnten fortsetzen.

In diesem Jahr werden die Landtagswahlen in MV durchgeführt. Unser Verein ist parteienunabhängig, jedoch wir als Mitglieder sind nicht unpolitisch. Wer uns in unserem Kampf um Rentengerechtigkeit unterstützt, den unterstützen wir auch. (...)

Unser Vorstand hat auf der letzten Beratung beschlossen, den Wahlkampf für die Partei Die Linke mit einer Spendenaktion zu unterstützen. (...)

Wir bitten die Mitglieder, diese Aktion zu unterstützen.

Im Namen des Vorstandes wünsche ich allen Mitgliedern für das Jahr 2016 Zuversicht, Optimismus und viele schöne Erlebnisse mit den Liebsten und Freunden bei bester Gesundheit.

Manfred Jonischkies

*

Aus der Postmappe

Zur kommentierten Ausgabe von Hitlers „Mein Kampf“ schreibt u.a. Hans Wendt aus Krakow am See

Gegen eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Buches habe ich nichts einzuwenden aber

gegen die Veröffentlichung zum gegenwärtigen spannungsgeladenen Zeitpunkt.

Für mich als Rentner der Nachkriegsgeneration ist völlig unverständlich, dass man auch leider heute bestehenden rechtsextremen Verlagen die Möglichkeit des Vertriebes gibt.

Angesichts der unzureichenden Bewältigung der faschistischen Vergangenheit vor allem in der Alt-BRD, der immer noch nicht zum Abschluss gebrachten Verbotsprozesse gegen die neofaschistische NPD und der Mörderbande NSU, halte ich es für eine folgenschwere politische Fehlentscheidung, ein solches Machwerk zu veröffentlichen.

Der neofaschistische Mob verherrlicht Hitler und bedient sich bei seinen Umtrieben seiner Hetzparolen.

Ich hoffe, dass die bayerische Landesregierung aber auch die Bundesregierung eine Kommentierung in unseren Schulen nicht zu lassen.

Für mich ist „Mein Kampf“ ein menschenfeindliches, antikommunistisches, rassistisches Programm zur Errichtung eines „Tau sendjährigen Reiches“.

Da auffallend wenig verlautet über den Inhalt der wissenschaftlichen Kommentierung, derer sich die Lehrer im Schulunterricht bedienen sollen, habe ich Zweifel, ob die von Hitler zur Staatsdoktrin erhobene Antikommunismus, Antisemitismus und Rassismus mit all ihren Folgen für die heutige Zeit aufklärend genug behandelt sind.

Welche Lehren die Kommentare dazu aussagen, sind für mich das entscheidende Werturteil.

Nahezu jubelnd wird verkündet, dass die erste Auflage mit 4000 Exemplaren bereits vergriffen ist, und es 15.000 Vorbestellungen gibt. Aus dem Ausland liegen Anfragen für Übersetzungen vor. Ich kann ich mich nicht des Eindrucks erwehren, dass die Verfasser und Verlage hauptsächlich aus kommerziellen Gründen die Veröffentlichung dieses Machwerks angestrebt haben, von dem sie selbst sagen, es taugt nichts.

Für mich stellt sich auch die Frage, warum das Institut für Zeitgeschichte nicht mit der gleichen Intensität die von Hitlers Bücherverbrennung betroffenen Schriftsteller wie Arnold Zweig, Ludwig Renn, Karl Liebknecht und Rosa Luxenburg, Werke von Marx und Engels für Aufklärung in den Schulen kommentiert.

*

In der Mitteldeutschen Zeitung vom 28.12.2015 wird in der Rubrik „Aufgefalten“ Bundestagspräsident Norbert Lammert zitiert, indem er „einen Verfall der

Umgangsformen in Deutschland“ beklagt. „Die Freiheit der Meinungsäußerungen“ sei „kein Freifahrtschein für Beschimpfungen und verbale Verletzungen.“ Er nannte es „fatal, dass staatsanwaltliche Ermittlungen nach Pöbeleien gegen Politiker oder andere Menschen des öffentlichen Lebens meist folgenlos bleiben.“

Das nenne ich eine tolle Erkenntnis dieses CDU-Politikers, der im Deutschen Bundestag das Sagen hat, dort Hausherr ist und eigentlich Beschimpfungen, verbale Verletzungen und Pöbeleien in seinem Hause nicht dulden dürfte bzw. dafür sorgen müsste, dass solche staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen unterzogen werden.

Er hat sich also einer eklatanten Unterlassung schuldig gemacht, als er seinerzeit den Auftritt eines Neurotikers mit der Klampe bei der Feierstunde im Bundestag geduldet und nicht geahndet hat, zumal vor aller Welt die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und Millionen ehemaliger DDR-Bürger auf übelste Weise beschimpft und beleidigt wurden.

Aber es ist wohl so in dieser Bundesrepublik, dass die Freiheit der Meinungsäußerung nach Bedarf und im Hinblick darauf gewertet wird, gegen wen sie sich richtet und wie öffentlichkeitswirksam sie ist. Auf meine Fragen dazu hat mir ein MdB geantwortet, dass solche Vorkommnisse „übersehen“ werden. Und meiner Bemerkung, dass diese Schau wohl organisiert war, wurde nicht widersprochen. Was würde Herr Lammert wohl auf meine diesbezüglichen Fragen antworten?

Gerhard Bochnig, Giersleben

*

Lesenswert

Peter Kroh

**Minderheitenrecht ist Menschenrecht
Sorbische Denkanstöße zur politischen
Kultur in Deutschland und Europa**

(Beggerow Buchverlag Berlin 2014)
ISBN 978-3-936103-42-7
485 Seiten, Preis 16, 90 €

„Wie Menschen anderer Nationalität, Sprache, Geschichte und Kultur in der Weimarer Republik und im 3. Reich unterdrückt wurden – das analysierte und bekämpfte der Sorbe Jan Skala (1899–1945) in der von ihm 12 Jahre lang geleiteten Zeitschrift ‚Kulturwehr‘. Beeindruckend und erschreckend ist, wie rasch und nachhaltig sich der Übergang einer Demokratie in den Faschismus vollzog“, heißt es im Klappentext dieser hochaktuellen Publikation.

„Geschichte ist jedoch nicht zuerst Rückblick sondern Ausblick. Damals wie heute haben Minderheiten- und Fremdenfeindlichkeit gemeinsame ideelle Wurzeln: Abstumpfung von Empathie und Intellekt sowie Missachtung humanistischer Traditionen. Obwohl in der politischen Kultur der Bundesrepublik sowohl aus der Weimarer Republik als vor allem aus dem Naziterror Lehren gezogen wurden, ist heute im politischen Alltag die Neigung zu Polarisierung und Unduldsamkeit bis zu offenem Hass auf Andersartige unübersehbar. Wir erleben erschreckende Rückfälle in Gewalt, Nationalismus und rechten Populismus. Skalas minderheitspolitische Schriften und Reden sind eine gefüllte ‚Werkzeugkiste‘ für die Lösung dieser Probleme. Sie zeigen: Rassistische Denkmuster erfassen tatsächliche Unterschiede auf arrogante, menschenfeindliche Art; Fremdenfeindlichkeit ist kein Naturgesetz; Mitmenschlichkeit bekommt man nicht geschenkt; eine lebenswerte Zukunft ist mehr, als bloße Fortsetzung der Gegenwart; wahre Ignoranz ist nicht fehlendes Wissen, sondern die Weigerung, es zu erwerben.“

Der Autor ergreift Partei für einen sich an der Menschenrechtserklärung von 1948 orientierenden ‚Golfstrom‘ visionären Denkens. Das Buch trifft in vielem den Nerv der Zeit und greift insofern in aktuelle Kontroversen ein.“

*

Gerhard Naumann

Geschichten von hüben und drüben

broschiert, 340 Seiten, Preis 15,- €
GNN-Verlag Schkeuditz 2015
ISBN: 978-3-89819-413-6

Unterhaltsam, mit Witz und Humor, reiht der Autor Kurzgeschichten, Erlebnisse, Episoden und Gedankensplitter lose aneinander. Alles mitten aus der Vielfalt des Alltages geschöpft, wie er sich vor und nach 1990 dem aufmerksamen Beobachter erschloss.

Dabei hat sich der Autor als ehemaliger NVA-Angehöriger und Mitarbeiter des Gesundheitswesens der DDR den kritischen Blick des gelernten DDR-Bürgers bewahrt und verweigert sich dem Zeitgeist.

Alles in allem eine kurzeilige Lektüre, die zum Schmunzeln und zum Nachdenken gleichermaßen einlädt.

Der Autor bietet den TIG Lesungen aus seinem Buch an, die über die Geschäftsstelle vermittelt werden können.

W.S.

*

Tipps für TIG

Patientenrechtegesetz – Ein Material der TIG Magdeburg

Am 26. Februar 2013 ist das Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten (Patientenrechtegesetz) in Kraft treten. Das Patientenrechtegesetz bündelt erstmals die Rechte von Patienten gegenüber „Behandelnden“ und Krankenkassen und entwickelt sie in wesentlichen Punkten weiter.

Das Patientenrechtegesetz stärkt die Position der Bürger gegenüber Behandelnden, also beispielsweise Ärzten, Heilpraktikern, Psycho- und Physiotherapeuten. Konkret legt es unter andrem fest:

Patienten müssen verständlich und umfassend informiert werden, etwa über erforderliche Untersuchungen, Diagnosen und beabsichtigte Therapien. Diese Informationspflicht besteht auch für die mit der Behandlung verbundenen Kosten. Werden Behandlungskosten nicht von der Krankenkasse übernommen und weiß dies der Behandelnde, dann muss er den Patienten vor dem Beginn der Behandlung entsprechend informieren. Auch muss der Behandelnde den Patienten unter bestimmten

Voraussetzungen über einen Behandlungsfehler informieren.

Die Dokumentationspflichten bei der Behandlung werden im Gesetz niedergeschrieben. **So sind Patientenakten vollständig und sorgfältig zu führen**. Fehlt die Dokumentation oder ist sie unvollständig, wird im Prozess zu Lasten des Behandelnden vermutet, dass die nicht dokumentierte Maßnahme auch nicht erfolgt ist. Behandelnde sind künftig auch verpflichtet, zum Schutz von elektronischen Dokumenten eine manipulationssichere Software einzusetzen.

Patienten wird ein gesetzliches Recht zur **Einsichtnahme in ihre Patientenakte** eingeräumt, das nur unter strengen Voraussetzungen und künftig nur mit einer Begründung abgelehnt werden darf.

Auch das Verhältnis zwischen Versicherten und ihren Krankenkassen wird neu geregelt. Hier gibt es unter anderem folgende Neuregelungen:

Künftig sind die Kranken- und Pflegekassen verpflichtet, ihre **versicherten bei der Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen**

aus Behandlungsfehlern zu unterstützen. Dies kann etwa durch Unterstützungsleistungen, mit denen die Beweisführung der Versicherten erleichtert wird, z.B. medizinischen Gutachten, geschehen.

Zudem wird dafür gesorgt, dass **versicherte ihre Leistungen schneller erhalten**. Krankenkassen müssen spätestens binnen drei, bei Einschaltung des medizinischen Dienstes binnen fünf Wochen über einen Leistungsantrag entscheiden. Bei vertragszahnärztlichen Anträgen hat die Krankenkasse innerhalb von sechs Wochen zu entscheiden, der Gutachter nimmt innerhalb von vier Wochen Stellung. Erfolgt keine Mitteilung eines hinreichenden Grundes für eine Fristüberschreitung, gilt die Leistung nach Ablauf der Frist als genehmigt.

Die Patientenbeteiligung wird weiter ausgebaut. Patientenorganisationen werden insbesondere bei der Bedarfsplanung stärker einbezogen und ihre Rechte im Gemeinsamen Bundesausschuss werden gestärkt.

*

Ver.di kündigte Rentenkampagne an

„Die Entwicklung des Rentenniveaus ist eine der zentralen sozialpolitischen Fragen der nächsten Jahre“, erklärte der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Frank Bsirke. „Ver.di setzt diese Frage ganz oben auf die politische Tagesordnung.“

Für die Gewerkschaft habe das Renten-Thema die Dimension wie in den vergangenen Jahren der Mindestlohn, für dessen Einführung Ver.di gekämpft habe.

Bei Millionen Rentnern sei bereits absehbar, dass ihre Bezüge kaum über der Grundsicherung im Alter liegen werden.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erklärte, dass sich „der Niedriglohn so tief in viele Erwerbsbiografien gefräst“ habe und sich diese Entwicklung fortsetzen werde. Deshalb würden selbst dann viele im Alter auf das Niveau der Grundsicherung zurückfallen, selbst wenn sie Jahrzehnte in die Rentenkasse eingezahlt haben.

(Gestützt auf Presseveröffentlichungen)



Einladung

Der Arbeitskreis Kultur- und Bildungsreisen der GBM im OKV lädt ein zu einem Ausflug zu Ehren unserer Frauen

am 8. März 2016 in das Hotel "Döllnsee"/Schorfheide.

Im Gläsernen Botanikum wird die Frauentagsfeier stattfinden. Gast ist die Sportlegende **Täve Schur**.

Hans Bauer, Vorsitzender der GRH, überbringt unseren Frauen die Glückwünsche.

Vorgesehen sind ein festliches Mittagessen und ein gemeinsames Kaffeetrinken am Nachmittag. Die Veranstaltung wird kulturell umrahmt durch das Duo Faller und einer Jugendtanzgruppe aus der Schorfheide.

Der Teilnehmerpreis beträgt 53 €.

Von Mitglied zu Mitglied

Ganzjährig komf.**** FeWo für 2 Pers. in Sellin/Rügen in ruhig. Lage, 250 m zum Südstrand. Parken am Haus. NR; keine Haustiere. Tel. 038303 86789, Fax #98500, www.achsnick.de

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.01.2016

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 24.02.2016

Einstellung im Internet: 04.03.2016

Auslieferung: 10.03.2016

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat

29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC BELADEBEXXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15